

## **Challenger Report für den Rat für Nachhaltige Entwicklung**

### **Die Internationale Dimension in der deutschen Nachhaltigkeitspolitik: Zu wenig und zu naiv – deutsche Nachhaltigkeitspolitik zwischen nationaler Nabelschau und Dämonisierung der globalen Abhängigkeiten**

**Dr. Thilo Bode**

**Berlin, 1. Oktober 2003**

#### **These 1:**

Deutschland gehört zu den mächtigsten Industrieländern und hat deshalb eine besondere Pflicht, global verantwortungsvoll zu handeln. Es reicht nicht, nationale Nachhaltigkeitspläne zu entwickeln. Aus globaler Sicht hat die ökologische Nachhaltigkeit dramatisch an politischem Stellenwert eingebüßt. Andere Probleme, insbesondere die Kluft zwischen Arm und Reich auf der Welt und der Terrorismus sind brennend aktuell. Gelingt es nicht, diese zu lösen wird es auch keine ökologische Nachhaltigkeit geben.

#### **These 2:**

Die Menschen werden sich natürlicherweise nur dann um ökologische Nachhaltigkeit sorgen, wenn globale Sicherheit besteht und kein Terror herrscht, wenn es gerecht zugeht und nicht ein kleiner Teil der Menschheit in Saus und Braus lebt, während die Mehrheit weniger zum Leben hat, als der reiche Teil für Hundefutter ausgibt. Eine Nachhaltigkeitsstrategie, auch die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, muss sich deshalb sowohl des Problems der globalen Sicherheit als auch der globalen Armut annehmen. Damit wird eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie auch zu einer Globalisierungs- bzw. zu einer Nord-Süd-Strategie.

#### **These 3:**

Die deutsche Politik hat eine derartige Strategie bisher noch nicht entwickelt. Es fehlt sowohl eine überzeugende Strategie der Weltweiten Armutsbekämpfung, die über die Entwicklungshilfe hinausgeht als auch eine umfassende Strategie der Terrorbekämpfung. Letztere beschränkt sich auf militärische Maßnahmen im Ausland und Antiterrorgesetze im Inland. Militärische und polizeiliche Mittel sind erforderlich, um den Terror zu bekämpfen. Aber sie allein reichen nicht aus. Im Gegenteil, es muss eine zivile Strategie des Kampfes gegen den Terror hinzukommen, die an die Ursachen des Terrors herangeht. Ohne diese wirken die militärischen und polizeistaatlichen Mittel kontraproduktiv, machen die Welt nicht sicherer, sondern unsicherer. Die Entwicklung seit dem 11. September 2001 zeigt dies deutlich.

#### **These 4:**

Eine nationale Nord-Süd-Strategie muss Armuts- und Sicherheitspolitik integrieren. Deutschland als Nationalstaat kann Akzente setzen, indem es sich auf die Regionen in der

Welt konzentriert, auf die Deutschland bzw. Europa besonderen Einfluss haben. Der Entwurf einer europäischen Sicherheitsstrategie, von Javier Solana entwickelt und zur Beschlussfassung durch die EU - Regierungschefs im kommenden Dezember vorgesehen, weicht allerdings entscheidenden Fragen aus und gibt nur wenige konkrete Hinweise. Joschka Fischer betont, dass „Modernisierungsblockaden durch präventive Sicherheitspolitik überwunden werden müssen“. Aber was heißt das?

### **These 5:**

Deutschland und Europa haben beträchtlichen Einfluss auf Afrika, sowohl südlich der Sahara als auch in Nordafrika, hier insbesondere auf die Maghrebländer Algerien, Tunesien und Marokko. In Afrika südlich der Sahara ist das Armutproblem eminent: Während die Zahl der absolut armen Menschen weltweit abgenommen hat, hat sie in Afrika zugenommen. In Afrika ist auch die Zahl der bewaffneten Konflikte gestiegen, während diese weltweit gesunken ist. Die Probleme Afrikas liegen nicht in zuwenig Geld, bzw. nicht ausreichender Entwicklungshilfe. Mehr Entwicklungshilfe kann die Probleme Afrikas nicht lösen.

### **These 6:**

Afrika geht es nicht wegen fehlender Entwicklungshilfe so schlecht, sondern auch teilweise wegen der Entwicklungshilfe. Die deutsche Entwicklungshilfe ist eine institutionalisierte Dauersubvention, die von Bürokratie zu Bürokratie fließt und völlig unvereinbare Ziele miteinander verbinden will (Wirtschaftsinteressen, Förderung von Demokratie, außenpolitische Interessen der Bundesrepublik, Armutsbekämpfung, ökologische Nachhaltigkeit, sozial gerechte Gestaltung der Globalisierung usw.). Diese Art von Hilfe ermöglicht es repressiven Regierungen, sich in der Anerkennung der Geberländer zu sonnen und sich von ihren eigenen entwicklungspolitischen Verpflichtungen freizukaufen. Da der Geldfluss durchweg die jeweils herrschenden Clans/Stämme unterstützt hat, ist die Entwicklungshilfe letztlich mitverantwortlich an Staatsverfall und Genozid in verschiedenen Staaten Afrikas (z.B. Somalia, Burundi und Ruanda).

### **These 7:**

Die Entwicklungshilfe ist die politisch korrekte Medizin für jedermann. Doch die Bilanz nach 40 Jahren ist mehr als ernüchternd. Positive Entwicklungen in einer großen Zahl von Ländern hätten auch ohne Unterstützung aus dem Norden stattgefunden. Trotz einzelner erfolgreicher Projekte konnte diese Art von Hilfe in der Mehrheit der ärmsten Länder keine positive Entwicklung anstoßen und hat sogar negative Entwicklungen unterstützt. Zudem kann die staatlich Entwicklungshilfe selbst bei deutlicher Erhöhung (gegenwärtig beträgt die gesamte Entwicklungshilfe der Industrieländer 55 Milliarden Dollar im Jahr, das macht gerade 70 Prozent der Gesamtmittel für den Aufbau Ost in Deutschland) niemals die angesichts der Entwicklungsaufgaben bestehende Finanzierungslücke schließen. Dazu ist privates Kapital erforderlich.

### **These 8:**

So wichtig Afrika südlich der Sahara im Hinblick auf die Überwindung der Armut ist, so wichtig ist Nordafrika, insbesondere der Maghreb, um eine zivile Strategie gegen den radikalen Islam zu entwickeln und den Terrorismus an seinen Wurzeln zu bekämpfen. Der fundamentalistische Islam ist nicht die notwendige Konsequenz einer Religion, es gibt keinen inhärenten Automatismus innerhalb des Islam, der zum radikalen Terror führt. Auch ist das "unmittelbare Feindbild der Fundamentalisten nicht der Westen, sondern ihre eigenen Herrscher und Führer" (Bernhard Lewis), die nach Ansicht der Fundamentalisten die Werte des Islam verraten haben und sich von westlichen Regierungen korrumpieren lassen. Die repressiven Regierungen der Maghrebstaaten unterdrücken unter dem Vorwand der vom Westen geforderten Terrorbekämpfung auch legitime oppositionelle Anliegen, die häufig von moderaten Islamisten vertreten werden. Diese Politik bekämpft den Terrorismus nicht, sondern züchtet Terroristen heran.

### **These 9:**

Die Potentiale für eine Demokratisierung sind in den Maghreb Staaten Algerien, Tunesien und Marokko besonders groß. Alle diese drei Länder verfügen über eine hervorragend ausgebildete Akademiker- oder Mittelschicht. In Algerien und Tunesien gab es nach der Unabhängigkeit wie in vielen anderen arabischen Ländern (z.B. in Ägypten) bereits ermutigende demokratische Entwicklungen. Der überwiegende Teil der jungen Bevölkerung (60 Prozent sind jünger als 25 Jahre) sehnt sich nach demokratischen Freiheiten. Die junge Generation sieht allerdings keine Perspektiven in der Politik ihrer Regierungen, die viel zu wenig für die Entwicklung und Modernisierung ihrer Länder tun, vielmehr die Privilegien der herrschenden Kaste schützt. In allen drei Ländern sind für den Großteil der Bevölkerung islamistische Parteien oder Gruppierungen die einzig glaubwürdigen politischen Meinungsträger. Die Repression der Regierungen, ihr Versagen in der Wirtschaftspolitik treibt die Jugend in die Arme der radikalen Islamisten.

### **These 10:**

Eine integrierte Armuts- und Sicherheitsstrategie basiert auf einem gemeinsamen zentralen Element: Der Förderung demokratischer Strukturen und der Ächtung repressiver Regierungen. Die deutsche/europäische Politik in Afrika südlich der Sahara ist weit davon entfernt, diese Anforderungen zu erfüllen. Die Toleranz gegenüber Ruanda und Uganda, hat beispielsweise den Bürgerkrieg im Kongo, der bisher 2,5 Millionen Tote gefordert hat, mit ermöglicht. Die auch von den Europäern mitgetragene und auf dem G8 Gipfel 2002 in Vancouver beschlossene Afrika Initiative NEPAD (New Partnership For African Development) geht ebenfalls in die falsche Richtung. Anstatt repressive Regierungen konsequent zu ächten und demokratische Strukturen einzufordern, werden Diktatoren mit noch mehr Geld belohnt, wenn sie sich wohlverhalten. Die diskriminierende Agrarpolitik und die koloniale Handelspolitik der EU produzieren darüber hinaus Armut in den ärmsten Ländern, deren Regierungen ohnehin nichts für die Armen tun.

### **These 11:**

Die außen- und wirtschaftspolitische Strategie der EU in den drei Maghreb Ländern fördert nicht demokratische Strukturen, sondern verhindert sie. Die EU hat mit allen drei Ländern Assoziationsabkommen abgeschlossen, die nur auf dem Papier die Einhaltung der Menschenrechte einfordern, in der Praxis aber die Repression in der Illusion, diese diene dem Kampf gegen den Terror, dulden.

Der tunesische Präsident Ben Ali hat sich letztes Jahr in einem „demokratischen Staatsstreich“ mit 99% der Stimmen praktisch zum Präsidenten auf Lebenszeit gemacht. Wer negativ über das Land gegenüber der Auslandspresse spricht, kann wegen Hochverrates angeklagt werden.

Die Verwicklungen des algerischen Militärs und der Regierung im algerischen Bürgerkrieg, der in den letzten Jahren 100.000 Tote gefordert hat, sind verbrieft.

Marokko ist ein feudaler Staat, in dem es sich eine im Überfluss lebende Clique auf Kosten der Bevölkerungsmehrheit gut gehen lässt und der mit Billigung seiner Schutzmacht Frankreich Resolutionen der UN zur Abhaltung eines Referendums in der West Sahara notorisch missachtet.

Die offizielle Anerkennung und die Wertschätzung durch die EU (alle drei Länder erhalten beträchtliche europäische und deutsche Entwicklungshilfe) lässt die Regenten dieser Länder die negativen wirtschaftspolitischen Konsequenzen der Assoziierungsabkommen akzeptieren. Diese haben einen neo-kolonialen Charakter: Sie ermöglichen den Export von wichtigen Rohstoffen aus diesen Ländern zu (Phosphat, Gas und Öl), öffnen ihre Grenzen für Industriegüter und Investitionen aus der EU, untersagen aber den Export von Gütern in die EU, die mit europäischen Produkten im Wettbewerb stehen (Landwirtschaft). Die Öffnung der nordafrikanischen Märkte für die Industrieprodukte aus der EU ohne gleichzeitige Exportchancen aus diesen Ländern wird erhebliche negative Auswirkungen haben und Arbeitsplätze in der dortigen mittelständischen Industrie vernichten. Ein teuflischer Kreislauf, der die Sicherheitsprobleme weiter verschärft.

### **These 12:**

Eine deutsche Nachhaltigkeitsstrategie muss sich dafür einsetzen, dass Europa eine gemeinsame Afrikapolitik betreibt, die nicht, wie das gegenwärtig der Fall ist, Repression und Missachtung von Menschenrechten duldet, sondern diese ächtet. Das gilt sowohl für Afrika südlich der Sahara als auch für Nordafrika. Obwohl eine solche Politik nur im europäischen Kontext wirklich effektiv ist, kann auch Deutschland alleine Akzente setzen, z.B. in Tunesien, das über Jahre zu den Ländern gehört, die pro Kopf die höchste (deutsche) Entwicklungshilfe erhalten.

Wenn es schon nicht möglich ist, eine gemeinsame Europäische Außenpolitik in allen Bereichen zu etablieren, muss wenigstens der Versuch gemacht werden, sich auf eine gemeinsame Afrika Politik zu einigen.

Wesentliche Aufgabe einer deutschen, globalen Nachhaltigkeitspolitik wäre es, dieses Ziel mit einer überzeugenden Initiative in Europa zu verfolgen.

### **These 13:**

Eine nachhaltige Armuts- und Sicherheitsstrategie muss auf folgenden Grundsätzen basieren:

- Die gegenwärtige Entwicklungshilfe kann die Armut in Afrika nicht besiegen, auch nicht, wenn sie drastisch erhöht wird.
- Die europäische Agrarpolitik, die die Märkte der 3. Welt kaputt macht, ist zum globalen Sicherheitsrisiko geworden, weil sie Armut produziert und zementiert. Ein Abbau der europäischen Agrarsubventionen und eine Öffnung der europäischen Märkte für Agrar- und Industrieprodukte aus den armen Ländern ist keine Vorleistung, sondern die Beseitigung einer schreienden Ungerechtigkeit.
- Erfolgreiche Armutspolitik erfordert eine zwischenstaatliche Politik, die Repression ächtet und demokratische Strukturen einfordert.
- Terrorismus ist nicht die Konsequenz einer Religion, sondern hat ihre tiefere Ursache in Unterdrückung und Korruption von arabischen Regierungen, die der Westen unterstützt, bzw. unterstützt hat.
- Militärische und Sicherheitsmaßnahmen reichen nicht aus, um den Terrorismus zu bekämpfen. Wie bei der Armutsbekämpfung ist eine andere zwischenstaatliche Politik erforderlich, die Repression ächtet und nicht als Vorwand der Terrorismusbekämpfung duldet.

Folglich muss eine nachhaltige nationale Armuts- und Sicherheitspolitik folgende Maßnahmen ergreifen:

- die Abschaffung der Entwicklungshilfe als Dauersubvention und ihre alleinige Ausrichtung auf die Schaffung von demokratischen Strukturen und Rechtssicherheit.
- Zugang zu den europäischen Agrarmärkten und fairer Handel mit allen Staaten Afrikas.
- Eine zwischenstaatliche Politik, die wirtschaftliche Partikularinteressen und traditionelle Beziehungen hintanstellt und massiv demokratische Veränderungen einfordert.
- Ein Dialog mit gemäßigten Islamisten und deren Unterstützung.

### **These 14:**

Eine ökologisch nachhaltige Politik ist bisher national und international daran gescheitert, dass es sich für Regierungen nicht lohnt, sich wegen langfristiger, durchaus idealistischer Ziele mit gut organisierten Interessengruppen anzulegen, auch wenn dadurch das Allgemeinwohl und die Belange zukünftiger Generationen auf der Strecke bleiben. Ähnlich ist es um das Vorhaben bestellt, eine effektive nationale/europäische Armuts- und Sicherheitsstrategie zu entwerfen und zu implementieren. Auch dagegen werden sich Partikularinteressen zur Wehr setzen: Sei es die Entwicklungshilfebürokratie, die Agrarlobby, die Rohstoffindustrie oder seien es außenpolitische Rücksichten, z.B. im Hinblick auf Frankreich, die auf europäischer Ebene als Verhandlungsgegenstand im Geschacher um andere politische Ziel missbraucht werden.

### **These 15:**

Eine ökologisch nicht nachhaltige Politik ist ein langfristiges Sicherheitsrisiko: Klimawandel und der Verlust der biologischen Vielfalt bergen unkalkulierbare Kosten und können die Lebensgrundlagen der Menschen gefährden. Eine nicht nachhaltige Armuts- und Sicherheitspolitik ist dagegen ein kurzfristiges Sicherheitsrisiko. Eine Zunahme des Terrors, eine sich weitende Kluft zwischen arm und reich kann die Welt in absehbarer Zeit weiter destabilisieren. Es liegt in der Hand des Westens und der einflussreichsten Länder, wie z.B. Deutschland, dies zu verhindern.